

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägertlohn. In dem Abonnement monatlich 80 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die Hauptzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die Hauptzeile 80 Pfg., Erbsenmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 3

Danzig, Sonnabend den 20. Januar 1917

8. Jahrgang

Wer will erobern?

Diese Frage, von der bei manchen unserer Leser für ihre innere Stellung zum Kriege alles abhängt, ist endlich zweifellos klar gestellt. Bisher konnten Mißtrauische immer noch Zweifel hegen. Die Staatsmänner beider Lager beschuldigten sich gegenseitig, mit Eroberungsplänen in den Krieg gezogen zu sein und in ihm zu verharren. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember und die Antworten, die es von den Feinden direkt an die Schutzmächte und indirekt an Wilsons Adresse am 31. Dezember und 12. Januar gefunden, deckt selbst dem ärgsten Zweifler auf, wo die Phrase und wo die offene Wahrheit zu suchen ist.

Die Note des Vierbundes an die Neutrals, die wir am Schluß im Vorkauf geben, bedient sich gemessener Worte und führt ein gemessenes Kriegsziel an: das der Verteidigung ihrer Länder. Nun hat die Entente diesen Friedensvorschlag ein Kriegesmanöver geschloßen. Die Mittelmächte und ihre Verbündeten versichern demgegenüber nochmals, daß er „in voller Aufrichtigkeit und Loyalität gemacht wurde“. Zum zweiten wird den Gegnern auf dem Umweg über die Neutrals noch einmal die Erklärung abgegeben, daß die Mittelmächte den Krieg nur als einen Verteidigungskrieg führen, daher bereits ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten. Und dritten erklären die Mittelmächte, daß sie für einen Frieden streiten, der ihren eigenen Völkern Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit verbürgt und es allen europäischen Staaten ermöglicht, in voller Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturaufgaben zu arbeiten.

Allen Staaten Europas in voller Gleichberechtigung, wenn Wort Kraft haben, so muß jeder sie als ein Bekenntnis lesen, daß von den Mittelmächten und ihren Verbündeten keine Herrschaftstellung angestrebt oder beansprucht wird, keine Machterweiterung begehrt wird, die das Gleichgewicht verschieben, die volle Gleichberechtigung stören würde, daß die Mittelmächte also keinen Frieden der Machterhöhung, daß sie keine Bedingungen für den Frieden aufstellen wollen, die die Gegner fürchten müssen oder die geeignet wären, sie zu beunruhigen. Dagegen die Kriegsziele der Feinde! In dem folgenden Wortlaut der Antwort an Wilson ist nachzulesen, daß es mit der Einschränkung Deutschlands, mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen und der preußisch-polnischen Gebiete und mit der Aufteilung und Verteilung der Türkei nicht getan ist, sondern daß auch Oesterreich-Ungarn und Bulgarien nicht vergessen sind. Die Länder des habsburgischen Doppelstaats sollen zerstört, Bulgarien soll den Russen und Serben als Siegesbeute vor die Füße geworfen werden. Die Entente will ganze Arbeit in Europa machen. England will in seiner Beherrschung der Welt Ruhe haben für einige Jahrhunderte. Es will die Macht nicht teilen zwischen Gleichberechtigten, es will allein herrschen.

Die Entente begnügt sich nicht damit, die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros zu verlangen. Man fordert auch für Serbien und Montenegro Entschädigungen. Auch für Frankreich, Rußland und Rumänien wird nicht nur Räumung der besetzten Gebiete, sondern überdies noch „Wiedergutmachung“ verlangt, was gleichfalls auf die Forderung einer Kriegsschadigung hinausläuft: Deutschland soll selbst an — Rumänien Kriegsschadigung zahlen! Weiter wird von den Feinden gefordert: „Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entzogen worden sind.“ Danach würde jeder Teil des Gebiets der Mittelmächte, der zu irgendeinem Zeitpunkt der Weltgeschichte sich im Besitz eines der Alliierten befunden hat, an diesen zurückgegeben werden müssen.

Die Forderung der Italiener an Oesterreich wird besonders hervorgehoben. Außerdem wird verlangt: „Befreiung der Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken“.

Entweder ist nun die Freiheit der Völker Oesterreich-Ungarns eine Angelegenheit, die nur sie und Oesterreich-Ungarn selber angeht, oder man wird sich dazu bequemen müssen, den feindslichen Zehnverbänden als Richter und Neuordner aller europäischen Angelegenheiten anzuerkennen. Mit Kleinigkeiten gibt sich eben der Zehnverband nicht ab.

Nicht minder jerrisch klingt die Forderung gegen das türkische Reich, dem aufgetragen wird, sich aus Europa zu entfernen. Damit die Russen außer Armenien noch Konstantinopel und die Dardanellen, die Engländer, Franzosen und Italiener sich in das ganze Kleinasien teilen können. Die englischen Staatsmänner haben es oft als schändlichen Verrat erklärt, wenn sie Belgien im Stiche gelassen hätten. Dieselben Minister muten ohne Zögern Deutschland den Verrat an den Türken zu. Dabei war Belgien angeblich neutral, ging die Engländer also direkt nichts an, während das Osmanische Reich der Verbündete Deutschlands ist.

Schließlich nennt die Antwort der Alliierten an Wilson auch noch Polen. Sie wird hier sehr verschwommen. Aus gutem Grunde: die Polen haben stets bei den Westmächten gegen den Zarismus Anschluß und Hilfe gesucht. Nun werden sie lediglich auf die Proklamation des Zaren hingewiesen. In dieser Proklamation war gesagt worden, daß alle Teile des ehemaligen Königreichs Polen, also auch Galizien und Preußisch-Polen mit Westpreußen und Danzig, „frei“ unter dem russischen Zephr vereinigt werden sollen.

Das Programm des Zehnverbands ist also rund und klar. Es fordert von den Mittelmächten Geldentwöhnungen und Landabtretungen in einem Umfang, der den verstümmelten und ausgeplünderten Staaten kaum noch die Möglichkeit einer kümmerlichen Existenz belassen würde.

Damit vergleiche man die deutsche Note an die Neutrals, die um es noch einmal zu wiederholen, einfach erklärt, daß für Deutschland durch den Erfolg seiner Verteidigung kein Kriegsziel erreicht ist.

Beide Noten stimmen nur darin überein, eine friedliche Gesellschaft der Völker für den Idealzustand der Zukunft zu erklären. Während aber der deutsche Weg zu diesem Idealzustand durch das Konferenzzimmer geht, und den europäischen Völkern jedes weitere Blutvergießen, den europäischen Staaten jede Demütigung und Beraubung erspart, führt der Weg der Feinde über endlose Schlachtfelder und Waffengräber, über die Trümmer des Völkerrreiches. Wohin? Nicht zu einem Europa, dessen Völker sich in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung den gemeinsamen Zielen der Kultur widmen, sondern zu einem Europa, das, ausgeblutet und erschöpft, an seiner unheilbaren innern Verfeindung rettungslos zugrunde geht! Ein Spielball für Englands Machtpolitik.

Bei den Völkern der feindslichen Staaten steht es, ob wirklich der wahnwichtige Versuch gemacht werden soll, diesen grauenvollen Weg zu Ende zu gehen. Vor allem werden sich die Sozialisten des feindslichen Auslandes fragen müssen, ob es ihre Aufgabe ist, diesen nun in aller Form und Feierlichkeit proklamierten Eroberungskrieg ihrer Machthaber zu unterstützen. Deutschland aber und seine Verbündeten werden einiger denn je stehen müssen gegen den hochauflammenden Vernichtungswahnsinn einer feindslichen Welt.

Deutsche Note an die neutralen Staaten

Den Vertretern der neutralen Regierungen in Berlin ist folgende Note der deutschen Regierung zugestellt worden:

„Die kaiserliche Regierung hat durch die Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten, der königlich spanischen Regierung und der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft die Antwort ihrer Gegner auf die Note vom 12. Dezember erhalten, in der Deutschland im Einklang mit seinen Verbündeten den alsbaldigen Eintritt in Friedensverhandlungen vorschlug.“

Die Gegner lehnen diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei. Die Form, in die sie ihre Mitteilung kleiden, schließt eine Antwort an sie aus. Die kaiserliche Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung über die Sachlage zu kennzeichnen.

Die Mittelmächte haben keinen Anlaß, erneut auf Auseinandersetzungen über den Ursprung des Weltkrieges einzugehen. Die Geschichte wird urteilen, wen die ungeheure Schuld an dem Kriege trifft. Ihr Wahrspruch wird ebensowenig über die Eintretungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel hinweggehen, wie über die Aufwiegelung Serbiens, den Mord in Serajewo und die Gesamtmobilmachung Rußlands, die den Krieg gegen Deutschland bebedeutete.

Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Daseins zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht. Dagegen haben die feindslichen Mächte sich immer weiter von der Bewirkung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsaß-Lothringens und mehrerer preussischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstückelung Bulgariens gerichtet sind. Angewandte Kriegspolitik wirkt das Verlangen nach Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überraschend.

Die Gegner bezeichnen den Friedensvorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegesmanöver. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen auf das nachdrücklichste Verwahrung dagegen einlegen, daß ihre Beweggründe, die sie offen darzulegen haben, auf diese Weise gefälscht werden. Ihre Ueberzeugung war, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch unmittelbaren mündlichen Gedankenaustausch herbeigeführt werden könnte und daß deshalb weiteres Blutvergießen nicht zu verantworten sei. Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, bei dem Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedens-

vorschläge bekannt zu geben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, haben weder die Prüfung versucht, noch Gegenvorschläge gemacht. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, solange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleineren Staaten gewährleistet sei. Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich die Geschichte des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdböden und schließlich die ohne Vorgang in der Geschichte bestehende Vergewaltigung Griechenlands vor Augen hält. Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind diejenigen Mächte nicht befragt, Beschwerde zu führen, die von Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zerrissen haben. England sagte sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration los, deren Inhalt seine eigenen Delegierten als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten, und verlegte im weiteren Verlaufe des Krieges auch die Pariser Deklaration aufs schwerste, so daß durch seine willkürlichen Maßnahmen für die Kriegführung zur See der Zustand der Rechtlosigkeit eintrat. Der Aushungerungskrieg gegen Deutschland und der in Englands Interesse ausgeübte Druck auf die neutralen Staaten steht mit den Regeln des Völkerrechts nicht minder in schreiendem Widerspruch wie mit den Geboten der Menschlichkeit.

Ebenso völkerrechtswidrig und mit den Grundsätzen der Zivilisation unvereinbar ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Hineintragen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgt ist und das Ansehen der weißen Rasse in diesem Weltteile untergräbt. Die unmenschliche Behandlung der Gefangenen, besonders in Afrika und in Rußland, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Galizien und der Bukowina, sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten. Am Schluß ihrer Note vom 30. Dezember verweisen die Gegner auf die besondere Lage Belgiens. Die kaiserliche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß die belgische Regierung immer die Pflichten beobachtet hat, die ihr ihre Neutralität auferlegte. Schon vor dem Kriege hat Belgien unter der Einwirkung Englands sich militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verletzt, die seine Unabhängigkeit und seine Neutralität sicher stellen sollten. Zweimal hat die kaiserliche Regierung der belgischen Regierung erklärt, daß sie nicht als Feind nach Belgien kommen, und sie gebeten, dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen. Sie hat sich für diesen Fall erboten, Bestehen und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu garantieren und allen Schaden zu ersetzen, der durch den Durchzug der deutschen Truppen verursacht werden könne.

Es ist bekannt, daß die königlich großbritannische Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, sich der Aneignung eines Gebietes durch Belgien durch die Verletzung von Verträgen nicht zu widersetzen. Die belgische Regierung hat das wiederholte Anerbieten der kaiserlichen Regierung abgelehnt. Auf sie und diejenigen Mächte, die sie zu dieser Haltung verführt haben, fällt die Verantwortung für das Schicksal, das Belgien betroffen hat. Die Anschuldigungen wegen der deutschen Kriegführung in Belgien und die dort im Interesse der militärischen Sicherheit getroffenen Maßnahmen hat die kaiserliche Regierung wiederholt als unwahr zurückgewiesen. Sie legt erneut energisch Verwahrung gegen diese Verleumdungen ein.

Deutschland und seine Bundesgenossen haben einen ehrlichen Versuch gemacht, den Krieg zu beendigen und eine Verständigung der Kämpfenden anzubahnen. Die kaiserliche Regierung stellt fest, daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhängt, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindslichen Regierungen haben es abgesehen, diesen Weg zu gehen. Auf sie fällt die volle Verantwortung für den Fortgang des Blutvergießens. Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiter führen bis ein Friede erklirten ist, der ihren eigenen Völkern Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents der Wohlthat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.“

Antwort der Entente auf Wilsons Note

Die Agence Havas veröffentlicht die Antwort der Entente auf die Note Wilsons vom 19. Dezember, in der es, wie uns das W. L. B. mitteilt, heißt:

„Die alliierten Regierungen legen Gewicht darauf, zu erklären, daß sie den hohen Bestimmungen, von denen die amerikanische Note besetzt ist, der Voll ihrer Anerkennung darbringen, daß sie sich mit allen Wünschen dem Pläne der Schaffung einer Liga der Nationen anschließen, wodurch Frieden und Gerechtigkeit in der Welt gesichert werden sollen, und daß sie alle Vorteile erkennen,

Danziger Nachrichten

Die Zwiebeln

gehören hier seit längerer Zeit auch zu den sehr selten gewordenen Waren. Neuerdings ist der Höchstpreis dafür im Kleinverkauf auf 18 Pf. festgesetzt worden.

Eine Parodie getrocknete Zwiebeln

haben abzugeben Conrad Meyer, S. m. S. H., Danzig.

Der Einsender fragt, warum denn die vorhandenen Zwiebeln nach Berlin verkauft werden müssen, wenn sie in Danzig fast gar nicht mehr zu haben sind?

Eine städtische Wurstmachelei

ist als eine der neuesten Kriegserrichtungen auf dem Schlachthof eingerichtet. Sie stellt bisher Blutwurst, Leberwurst und Fleischwurst in einer wöchentlichen Menge von etwa 100 Zentnern her.

Kriegswirtschaftliche Bestrafungen.

Bestrafungen wegen der Verletzung kriegswirtschaftlicher Verordnungen und Bestimmungen sind hier in letzter Zeit auffällig zahlreich erfolgt. Am 13. und dann schon wieder am 17. Januar wurden lange Listen neuer Bestrafungen veröffentlicht.

Unter den Bestrafungen war die der Landwirtin Auguste Daw aus Bürgerwiesen wegen Milchverfälschung die höchste. Sie erhielt 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis.

Am 17. Januar folgte eine weitere Liste mit 50 Bestrafungen wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Käse, dieses jeht so sehr selten gewordenen Nahrungsmittels, auf.

Staatliche Aussteuer für heimatlose Kriegserwitwen.

Das Kriegsministerium hat genehmigt, daß Kriegserwitwen im Falle ihrer Wiederverheiratung beim Vorhandensein eines Bedürfnisses auf Antrag zur Beschaffung einer Aussteuer, von Möbeln, eines Geschäftsaus Anlaß der Wiederverheiratung eine einmalige Abschüttungssumme gewährt werden darf.

Die Beschaffung von Särgen

steht auf immer größere Schwierigkeiten. Die Preise sind gegen den Friedenszustand erheblich gestiegen. Der hohe Preis gibt aber auch keine Gewähr dafür, daß man den notwendigen Totenschrein erhält.

Aber auch materiell wirkt der Mangel durch weitere Preissteigerungen. Sämtliche Folgen dieses Uebelstandes müssen außerordentlich bedauerlich werden.

Verhaftungen.

Nach einer Mitteilung der Elbinger Zeitung vom 18. Januar sind in Danzig neuerdings sechs Personen aus bürgerlichen Kreisen wegen Vergehens gegen § 218 des Strafgesetzbuches, Verbrechen gegen das keimende Leben, verhaftet worden.

Aus Westpreußen

Elbings erster sozialdemokratischer Stadtrat

In Elbing, der westpreussischen Industriestadt und der eigentlichen Industriestadt des preussischen Ostens, ist nunmehr die amtliche Geschichte des Werdens des ersten sozialdemokratischen Stadtrats abgeschlossen.

Die industrielle Arbeiterschaft in Elbing ist so bedeutend, daß man es ihr nicht verargen kann, wenn sie Einfluß auf die städtische Verwaltung erlangt.

Dieses sehr verständige Urteil sticht noch heute wesentlich ab von den Meinungen vieler, die sich liberal nennen.

Genosse Peter lehnte später seine Wahl ab. Am 28. November hatten sich die Elbinger Stadtverordneten wieder mit der Stellung zu einem sozialdemokratischen Stadtrat zu beschäftigen.

Die Wahl vollzog sich nicht ohne einige äußerliche Schwierigkeiten. Schließlich siegte Genosse Grabowski mit 19 gegen 17 Stimmen gegen den langjährigen bürgerlichen Stadtrat Wiedwald.

„Und nun begrüße ich Sie, Herr Grabowski. Es ist das erste Mal, daß in Elbing, ja in Westpreußen und wohl überhaupt in deutschen Osten ein Mitglied der Arbeiterpartei in den Magistrat einer Stadt als vollberechtigtes Mitglied einzieht.“

Rahmen des Ganzen verwirklichen läßt, zu fördern und ihren Bedürfnissen nach Möglichkeit zu entsprechen.

Möge die Erwartung, die an die Wahl dieser drei Herren geknüpft ist, zum Besten der Stadt gereichen.

Das kluge und verständige Urteil des Elbinger Stadtobershauptes zeugt von einer vorurteilsfreien Stellung zur Sozialdemokratie, wie sie im preussischen Osten besonders angenehm auffällt.

So wie wir die Wahl des ersten sozialdemokratischen Stadtrats im Osten begrüßten, so nehmen wir auch mit Genugtuung von der endgültigen Einführung des Genossen Grabowski in das neue Amt Kenntnis.

Ernährungsmangel in Ohra.

Die Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit frischem Fleisch läßt sehr viel zu wünschen übrig. Während andere Gemeinden, so auch Danzig, jede Woche frisches Fleisch verteilen, bekommt es die Bevölkerung in Ohra nur alle vierzehn Tage.

Bestrafter Getreideschleber.

Die Strafkammer in Königsberg hat, wie die Ostdeutsche Tageszeitung berichtet, den früheren Mühlenbesitzer Berentzuleit in Nahrungsmittelamt des Landrats in Tuchel beschuldig, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, Bestechung, Verleitung und Beihilfe sowie wegen übermäßiger Preissteigerung zu einem Jahr Gefängnis, 78 440 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Liegenhof. Die Freundin der Vermissten.

Einem Schwimmler wurde hier in der vergangenen Woche ihr Handwerk gelegt. Am Sonabend suchte eine unbekannte Frau zwei hiesige Familien aus, von denen Angehörige als vermisst gelten.

Diese Schwimmlerin hat ihr Unwesen auch in den Danziger Banen getrieben. Aus Bekbauerweide

der W... erfahren wir, daß sie der Frau des in Kriegs-
fangenschaft befindl. Genossen W. die kleinen Mädchen
beschlagnahmte. In Anwesenheit der Genossin schrieb sie sogar
die Postkarte an den angeblichen Oberamtmann K... der
mit der Genossin am letzten Sonntag auf dem Danziger
Kampfbühnen zusammenzufassen sollte. Zur Fortleitung des
Schicksals kam es, wahrscheinlich infolge der oben mitgeteilten
Verhaftung, nicht. Freunde unserer Genossin stellten in Danzig
fest, daß von dem „Oberamtmann K..." und seinem Jagareit-
zeuge keine Spur zu finden war.

Preussisch-Holland. Die „Veredlung der Nahrungs-
mittel“ dadurch, daß man sie in Konzentrationen verarbeit-
et und dann nach einiger Zeit in Blöcken zu hohen Preisen
auf den Markt bringt, hat so schreibt man der „Danziger
Zeitung“, überall stattgefunden. Besonders groß ist zurzeit
das Angebot von „Milchblöcken“. Die erschreckendste kein
Käse kauft, weil sie viel zu teuer sind. Der bliesige Magistral
hat den Preis für die Dole auf 2 Mk. herabgesetzt.

Preussisch-Holland. „Nahrungs-Mittel“ Unter dieser
Ueberschrift erläßt der Landrat in Preussisch-Holland einen
wichtigen Appell an die Bevölkerung: England's Aushunger-
ungsplan ist kein leerer Wahn! Wie beugen uns nicht —
aber erkennt die Gefahr! Durchhalten können wir nur bei
größer Selbstbeschränkung! Wer ungeprüft verbraucht,
raubt den darbenenden Schwerarbeitern die Kraft! Vor der
Munition, von der Kohlen- und Eisenförderung hängt jetzt
dieser Krieg ab! Die ganze Welt arbeitet gegen uns! Unsere
Geldbullen dürfen und können das nicht mit Blut erlösen!
Die Munitionsbearbeitung im West kann nur bei ausreichender
Ernährung aufrecht erhalten werden! Ihre Ernährung hängt
von unserem guten Willen hier ab! Schränkt Euch ein! —
In jeder Weise! Alles andere den Sammelstellen! Mit der
Hindenburgspende allein ist's nicht getan! Jetzt, was wir
in Preußen können! Im Westen herrscht bittere Not!
Nahrungsmittel heraus!

Gewerkschaftliches

Eine erfolgreiche Waldarbeiter-Lohnbewegung

Die Ortsgruppe des Waldarbeiterverbandes in Sreegen
im Kreise Danzig-Niederung auf der Danziger Heide durch-
führte am 7. Januar ihren Abschluß. Die Waldarbeiter be-
kommen meist einen sehr niedrigen Lohn für ihre schwere und
gefährliche Arbeit. Es dürfte nur wenige geben, die es ge-
legentlich, bei großer Anstrengung, auf einen Tagesverdienst
von 2,50 Mark bringen. Daß mit einem derartig geringen
Lohn jemand eine Familie ordentlich unterhalten und
erzählen kann, wird sicherlich niemand behaupten können. Es
erhielt deshalb auch Unzufriedenheit unter den Waldarbeitern
und solchen Arbeitern, die des geringen Verdienstes wegen
auf die Waldarbeit verzichten. Diesem Unstände mag es
geschuldet sein, daß die Forstverwaltung im November 1915
die Löhne um 8 bis 15 Prozent erhöhte. Aber auch diese Er-
höhung genügte vielen Arbeitern bei der immer größer wer-
denden Lebenshaltung nicht. Die Verhandlung wurde am
1. November 1916 beantragt, eine Lohnbewegung einzuleiten
und die Führung zu übernehmen. Es wurde eine Eingabe an
die Forstverwaltung und die königliche Regierung in Danzig
geschickt, die eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich
20 Prozent forderte. Am 8. Dezember wurde die Eingabe den
Inhabern zur Besichtigung vorgelegt und einige Tage
später den genannten Stellen zugeandt. Inzwischen
hat die Forstverwaltung die Erhöhung um
und 50 Prozent vorgenommen. Diese Lohnsätze
bedeuten sich nur in wenigen Punkten von denen der
Vorderung. In der Antwort auf die Eingabe hat die Forst-
verwaltung hervor, daß die Erhöhung nur für die Dauer des
Krieges gilt. Wenn der Krieg so immer weiter dauert, daß
jede Vermehrung in den Lebenshaltungskosten und welche lediglich
die vorgelegte Dienstverträge zu unterstützen hat, mit Ent-
schiedenheit ablehnt, so müßten wir dagegen bitten, daß der
Forstmeister dem nicht verpassen sollte, daß die Arbeiter

Danziger Stadttheater

Mit Heidelberg. Schauspiel von Kasper-Brüder.

Kein Drama oder sonstiger gelagter Theaterstück der letzten
Jahre hat so einen Erfolg aufzuweisen wie „Mit Heidelberg“.
An sich die Fabel des Stückes eine unaufrichtige, ge-
wisse Beliebigkeit ist, die Personen wenig mit dem wirklichen
Leben gemein haben, so findet das Schauspiel mit keiner
Zwangslage für das Schauspielwerk, sondern einen neuen
und einen Wigen und keine neuen Entdeckungen, die immer noch
ebenfalls zahlreiches mit begrenztem Publikum. Das Stück
wird für die Darsteller eine Probe von Verdiensten. Der
Held des Stückes, Herr G... hat von den Aufführungen im
letzten Jahre bereits bekannt. Die Kritik fand diesmal im
allgemeinen den G... eine intelligente und während
der Darstellungen. Der G... als Kom-
mandant des Regiments eine sehr charakteristische Gestalt. Da
die anderen Darsteller alle bekann an ihrem Tag waren,
war das in beiden Aufführungen zahlreiche Publikum bald
der richtigen Stimmung und besonders reichem Besuch.

Der seltsame Balduin. Von Hans-Joachim von Kallio.

Eine der neuesten Schöpfung des Regisseurs ist am
letzten Sonntag der Spielplan. Sie ist nicht selten und nicht
weniger mit ihre zahlreichen Vorgängern. In der ersten
Aufführung, die sich um eine sehr interessante Geschichte
des seltsamen Balduin dreht und eine Reihe mehr oder minder
wunderliche Verwicklungen bringt. Das ganze Schicksal und
Länge und das Stück ist fertig. Das Publikum war sehr
begeistert, das Stück hat sich sehr gut an der Darstellung. Das
Spiel der Darsteller des Herrn G... ist sehr stark und ge-
schäftig. Die zahlreichen Vorgänger der G... sind ebenfalls
von der Darstellung. Die G... sind ebenfalls sehr wirkungs-
voll. Das Publikum, in der ersten Aufführung, war
sehr zahlreich und sehr begeistert.

gund ist selber das Recht der Entscheidung darüber haben, ob
sie unter gewissen Bedingungen Waldarbeit verrichten wollen
oder nicht. Ueber die Gestaltung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen mitbestimmen zu wollen, ist das gute Recht der
Arbeiter. Das ihnen jetzt sogar das Vaterländische Hilfsdienst-
gesetz gewährt ist. Das sollte auch der Herr Forstmeister be-
rücksichtigen.

Der Herr Forstmeister schreibt aber weiter: „Wenn aber
die Holzgärtner unter normalen Verhältnissen bei den bisher
gezahlten Einheitslöhnen nicht auf einen angemessenen Tages-
verdienst gekommen sind, so liegt das keineswegs daran, daß
die Stücklöhne zu niedrig waren. Eine schriftliche Ausein-
anderklärung über die wahren Gründe würde sich führen;
mündlich ihnen über diese Frage. Die sich nach einseitiger Dar-
stellung wohl schwerlich richtig beurteilen läßt, jede gewünschte
Aufklärung zu geben, bin ich gern bereit.“

Wir hätten es lieber gesehen, wenn die „wahren Gründe“
schriftlich genannt worden wären. So bleibt also jedem die
Auslegung überlassen, und die dürfte niemand schwer fallen.
Hat der Herr Forstmeister mit seiner Äußerung den Wald-
arbeitern den Vorwurf nicht genügender Leistung machen
wollen, so können wir nicht umhin zu sagen, daß damit den
Beteiligten bitter Unrecht geschehen würde. Die Waldarbeit
gehört bekanntlich zu den schwersten Arbeiten. Viele Hinder-
nisse stellen sich hierbei ein, die es zu überwinden gilt und die
manimal viel Zeit in Anspruch nehmen. Andererseits sorgt
schon die Teuerung dafür, daß jeder Arbeiter argstrengt tätig
ist, um seinen Verdienst zu erhöhen.

Im übrigen dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen,
daß die gewährte Erhöhung nicht nur für die Kriegszeit gelten
soll. Will die Forstverwaltung genügend tüchtige Waldarbeiter
haben, so wird sie gut tun, diese Löhne auch nach dem
Kriege weiter zu zahlen und sie von Zeit zu Zeit den Ver-
hältnissen entsprechend zu erhöhen.

Mit dem erhöhten Lohn können die beteiligten Arbeiter
zufrieden sein. Nun heißt es für sie, dem Landarbeiterverband,
der sich hier so glänzend bewährt hat, die Treue zu wahren.
Es wäre das verkehrteste, was geschehen könnte, wenn einige
Waldarbeiter sich überreden ließen, sich dem Einfluß des Land-
arbeiterverbandes zu entziehen. Die schlechten Folgen würden
sich bald zeigen. Das wird jeder organisierte Arbeiter einsehen.
Deshalb werden alle gegenteiligen Bemühungen vollständig
zwecklos bleiben.

Streik der Straßenbahnschaffnerinnen in Magdeburg.

Wie B. L. B. aus Magdeburg meldet, sind am Dienstag
bei der Straßenbahn die Schaffnerinnen wegen verweigerter
Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Die Schaffnerinnen
der Linie 1 und 2 machten den Anfang, worauf andere Linien
folgten. Die Direktion versucht, den Dienst mit männlichen
Hilfskräften ausrecht zu erhalten.

Wie wir der Magdeburger Volksstimme entnehmen, hat
die Leitung der Straßenbahn die Gewährung einer Erhöhung
des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. zugestanden, aber gleich-
zeitig soll auch die Arbeitszeit um eine Stunde täglich ver-
längert werden. Bisher betrug die Arbeitszeit 7 bis 8 Stunden,
sie soll nunmehr acht bis neun Stunden betragen. Die Straßen-
bahnerinnen sind in ihrer großen Mehrzahl verheiratet und
haben zu Hause Kinder ohne Aussicht. Ihre Dienstzeit ist nicht
in die regelmäßigen Abschnitte eingeteilt, wie vielleicht die
Arbeitszeit in den Fabriken. Neben ihrem Dienst auch noch
zu Hause Mutterpflichten zu erfüllen, fällt ihnen daher schon
bei der jetzigen Arbeitszeit äußerst schwer. Bei der neuen Fest-
setzung würde es in dieser Beziehung noch bedeutend un-
günstiger werden, besonders auch durch die Neueinteilung der
Löhne. Die Schaffnerinnen wollen aber ihrer Wirtschaft zu
Hause und ihren Kindern die Pflege nicht ganz entziehen und
kämpfen deshalb gegen die Arbeitszeitverlängerung.

Die konservative Danziger Allgemeine Zeit-
ung teilt am 16. Januar in der Nr. 13 selber mit, daß die
Schaffnerinnen die Verlängerung der Arbeitszeit aus Rück-
sicht auf ihren Haushalt und die Erziehung ihrer Kinder ab-
lehnten. Das Blatt richtet deshalb aber keinen Vorwurf gegen
die Direktion. Es greift dagegen die Schaffnerinnen mit der
Rüge an, daß sie ihr Verhalten nicht — Patriotismus zeuge!
Dieser Vorwurf trifft die Direktion mit vollem Recht. Des-
halb haben wir es nicht notwendig, die arbeitenden Frauen
gegen die unfreundliche konservative Beschuldigung, die wohl
die Folge alter Uebung ist, besonders zu verteidigen.

Der Streik ist bereits am 16. Januar, nach kaum zwei-
tägiger Dauer, erfolgreich beendet worden. Die von der
Direktion beabsichtigte Verlängerung der Dienstzeit fällt fort.
Ferner hat die Leitung der Straßenbahn zum erstenmal die
Organisation als Vertreterin des Personals anerkannt und mit
ihre die Vereinbarungen abgeschlossen. Auch die bürgerliche
Presse Magdeburgs rügte es, daß nicht gleich dieser Weg be-
schritten worden ist. Die tapferen Straßenbahnerinnen haben
durch ihre organisierte Einigkeit einen wertvollen Erfolg er-
zielt.

Aus der Partei

Die Sonder-Konferenz der Partei-Opposition,

die am 7. Januar im Reichstagsgebäude in Berlin tagte, war
nach einem uns zugegangenen Bericht von 19 Reichstags-
abgeordneten und 138 Delegierten besucht, die nach ihrer An-
gabe 12 Kreise vertraten. Unter ihnen befanden sich 34 An-
hänger der Spartacusgruppe und 4 Anhänger der Gruppe
internationaler Sozialisten Deutschlands, für die der frühere
Landtagsabgeordnete Julian Borchardt verantwortlich zeich-
net. Die Spartacusgruppe war am Tage vorher bereits zu-
sammengetreten, um die Bedingungen der Teilnahme an dieser
Oppositionskonferenz festzusetzen. Nach einer Begrüßung
durch C. Debusch (100 Jahre alt) gegen den Parteivorstand, die
alte Fraktion und dem jetzigen „Vorwärts“ zu Felde. Zum
Schluß forderte er auf, die Opposition solle sich im Rahmen
des Parteistatuts zusammenschließen und innerhalb der Partei
für den alten sozialdemokratischen Kampf wirken. Lipinski
wies sich gegen die Beitragsfrage, die praktisch keinen Er-
folg versprache. Man müsse jetzt die Parteigenossen gegen den

Parteiivorstand — dessen Politik die Regierung stütze — mobil
machen. Der Redner der Spartacusgruppe lehnte es ab,
mit der Arbeitsgemeinschaft durch die und dünn zu gehen, da
sie keinen einheitlichen Standpunkt habe. Man müsse jetzt
den Klassenkampf gegen den — Parteivorstand führen. Der
Kampf müsse mit allen Mitteln geführt werden, selbst wenn
er zur Spaltung der Partei führe; die Gruppe „Internatio-
nals“ sei der Meinung, daß er zur Spaltung der sozialistischen
und der imperialistischen Strömungen in der Partei führen
werde. Redner empfahl sodann die Anwendung der Beitrags-
sperre. In der Diskussion lehnte u. a. Borchardt ebenfalls
ein Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft ab; die Beitrags-
sperre müsse durchgeföhrt werden. Was die Opposition
trenne, sei der Mahgel an einer Tat. Die Resolution der
Spartacus-Gruppe sei inkonsequent. In den Schlussworten
gab der Redner der letzteren der Ueberzeugung Ausdruck,
daß die Arbeitsgemeinschaft sich in wenigen Monaten den
Forderungen der Spartacus-Gruppe anschließen werde.
Lipinski erklärte, das Vorgehen der Spartacus-Gruppe be-
deute nicht, den gemeinsamen Kampf gegen rechts, sondern die
Selbstverteidigung. Jetzt heiße es, gemeinsame Front
nach rechts zu nehmen, gegen Parteivorstand,
Fraktionenmehrheit und bürgerliche Klassen.
In der Abstimmung wurden für die Resolution Lipinski, die
die Sperrung der Parteibeiträge als ungeeignet zurückweist,
da sie die finanzielle Macht des Parteivorstandes in keiner
Weise ändere, und nur eine bequeme Handhabe biete, die
Parteiorganisation außerhalb der Partei zu stellen, 111 Stim-
men, für die Resolution der Spartacus-Gruppe 34 und für
die Borchardt'sche Resolution 4 Stimmen abgegeben. Gegen
2 Stimmen wurde der Resolution des Verbandes der Wahl-
vereinte Groß-Berlins gegen den Vorwärts-„Kraut“ zuge-
stimmt. Kautsky sprach schließlich noch über die Friedens-
frage. Ein diesen Punkt behandelndes Manifest wurde ein-
stimmig angenommen.

Das Ergebnis der Konferenz ist in der Hauptsache die
bekannte Feststellung, daß die Opposition in mindestens drei
Gruppen geteilt ist, die sich auch jetzt nicht verständigen konn-
ten. Einig sind sie nur in dem Ziele der rückwärtslosten
Bekämpfung der Parteimehrheit wegen der Politik, die diese
im Weltkrieg um die Erhaltung ihres Volkes für notwendig
hält. Es ist tief bedauerlich, daß die Stellungnahme gegen die
Genossen der eigenen Partei gerade jetzt verschärft wird, wo
die Ablehnung des Friedensangebotes durch die feindlichen
Mächte keinen Zweifel über die Verteidigungsstellung
Deutschlands läßt.

Nach den Beschlüssen der Konferenz soll die Opposition
jeden den organisierten Kampf gegen die Parteimehrheit
führen. So heißt es in der angenommenen Resolution:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die
Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zuein-
ander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht
die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen
des Parteistatuts unermüdet für die Ausbreitung ihrer An-
schauungen zu wirken und zur Erfüllung der Opposition im
Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen
Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammen-
schluß herbeizuföhren.“

Praktisch bedeutet dies die besondere Organisation der
Opposition innerhalb der Partei gegen die Partei. Die
Vollgen müssen kämpfe unter den Angehörigen der Partei sein,
die nur den Gegnern nützen und sie erfreuen können.

Der Parteiaussschuß

trat am 18. Januar in Berlin zusammen, um zur gegenwärtigen
Situation und der Reichskonferenz der Parteiopposition
Stellung zu nehmen.

Der Schein-Radikalismus.

Der unnützig starken Worte hatte keinen entschiedeneren
Begner als unseren alten Wortkämpfer Wilhelm Liebk-
necht. Im Vorwort seiner Broschüre „Hochverrat und
Revolution“ urteilt er darüber in einer Weise, die auch
bei den jetzigen Auseinandersetzungen in der Partei beachtet
werden sollte. Liebknecht schreibt aus einer Erfahrung, wie
sie kaum ein Zweiter in den schwersten Zeiten der Partei
machen mußte:

„Es ist Mode geworden, zu behaupten, die Sozialdemo-
kratie sei im Laufe der Zeiten eine andere geworden, sie habe
viel Wasser in ihren Wein gegossen, ja sie habe ihr ursprüng-
liches revolutionäres Programm aufgegeben. Diese Behauptung
ist namentlich das Stiefkind der revolutionären Maul-
heulen. . . . In meiner frühesten politischen Jugend litt ich
unter anderen Kinderkrankheiten auch an der des Wort-
radikalismus. Es war mir unerträglich, im Radikalismus des
Denkens und Lebens übertraffen zu werden, und das passierte
mir auch nicht leicht, und wenn es mir einmal passierte war,
dann dauerte es nicht lange, so hatte ich den Vordermann ein-
geholt und mich wieder auf die richtige Höhe emporgeschwun-
gen. . . . Zum Glück haben dann später die Verhältnisse da-
für gesorgt, daß der Phrasenkampf mir ausgetrieben ward. . . .
Da erwiderte ich bald, daß heutzutage keine Ausgetrieben mehr
Wind und Lärm menschlicher Lungen umgelassen werden —
wie weiland die Mauern von Jericho durch die jüdischen Po-
saunenbläser —, und ferner lernte ich, daß die schwächste Mauer
zu hart war, um mit dem Kopf durch sie hindurchzurennen,
daß aber die stärkste Mauer nicht hart genug ist, um auf die
Dauer beim menschlichen Kopf zu widerstehen, wenn er, statt
als Widder- oder Stierkopf, richtig als Menschenkopf ge-
braucht wird.“

Diese sehr ernsten Worte sollten gerade jetzt die Wür-
digung finden, die sie verdienen.

— Friedensdemonstration in Frankfurt a. M. Trotz der
Ablehnung des deutschen Friedensangebotes durch die Entente
ist das deutsche Volk immer noch zum Frieden bereit und wird
auch fernerhin alle Eroberungspläne zurückweisen. Dieser
Sachpunkt kam in einer mächtigen Kundgebung zum Aus-
druck, die der Sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M.
am Sonntag mittag im Zirkus Schumann veranstaltete. Vor
über 4000 Personen sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr.
D... und Dr. Quard.

Fünf Jahre Reichstag

Am 12. Januar 1912 wurde der jetzige Reichstag gewählt. Seine Lebensdauer wäre zu Ende, wenn nicht durch Reichsgesetz vom 16. Oktober 1916 mit Rücksicht auf den Krieg bestimmt worden wäre: „Die Legislaturperiode des am 12. Januar 1912 gewählten Reichstags wird um ein Jahr verlängert.“ Wenn wir wieder zu Reichstagswahlen schreiten können, ist noch ganz ungewiß.

Dennoch dürfen wir der damaligen Wahlen kurz gedenken. Ihr Ergebnis war — nach einem leidenschaftlich bewegten Kampf — ein über alles Erwarten glänzender Sieg der Sozialdemokratie, insgesamt ein starkes Anwachsen der Werten und eine empfindliche Schwächung der reaktionären Kräfte. Die Stimmzahl der Sozialdemokratie schwoll auf 4 1/2 Millionen an, ihre Mandate stiegen in der Stichwahl auf 110. — Nicht alle Wählerkreise von damals sind gereift. Die hemmenden Mächte zeigten sich in Preußen-Deutschland noch sehr stark und zäh; dann kam dieser furchtbare Krieg, der uns die Überbrückung der Feinde jenseits der Grenzen gebot.

Es kam der 4. August 1914, der „Tag der deutschen Nation“, wie ihn die Wiener Arbeiterzeitung getauft hat, mit der ein stannmigen Bewilligung der Kriegskredite. Der Weltkrieg war hereingebrochen, in dem Deutschland noch heute trotz duzendmal bezogener Friedensliebe sein Leben und sein Existenzrecht gegen die ungeheure Heberzahl der zehn feindlichen Nationen verteidigen muß. Es folgte im Dezember 1915 der Bruch der sozialdemokratischen Fraktionsgeschlossenheit durch die öffentliche Ablehnung der Kriegskredite seitens einer kleinen Minderheit der Fraktion, im März 1. 16 die Fraktionszerstreuung, als deren Folge nun die Zerstückelung der Partei befürchtet wird. Alle Tätigkeit des Reichstags wurde durch die Befehle des Krieges bestimmt, und mit dem verschiedenen Urteil über den Krieg schwankt auch das Urteil über die Tätigkeit dieses mit großen Hoffnungen auf Frieden und Fortschritt begrüßten Reichsparlaments.

In aller Not des schweren Völkerrings war es immerhin ein Vorteil, daß eine starke Vertretung der Arbeiterschaft am Reichstag saß. Ohne sie wäre manche Maßregel der Kriegszeit wohl anders und schlechter ausgefallen, als es tatsächlich der Fall gewesen ist.

Auch im Kriege und erst recht im Kriege hat sich die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bemächtigt, und so halten wir an der Hoffnung fest, daß durch alle Wirren der Gegenwart hindurch das Proletariat den rechten Weg finden wird, sie sich für alle Zukunft zu sichern.

Heute liegen die Wahlen von 1912 wie ein Traum hinter uns, aber rechtzeitig mahnt uns die Erinnerung an sie daran, daß es nicht die normale Aufgabe der zivilisierten Menschheit ist, Schlachten zu schlagen und Kriege zu führen. Wieder wird die Zeit kommen, in der die größten Entscheidungen aus dem friedlichen Streit der Geister kommen werden. Und wenn ein künftiger Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie den vollen Sieg bringen sollte, dann wird die Welt wissen, daß hier eine Partei steht, die ebenso darauf bedacht ist, den Bestand des Reiches zu wahren, wie den Weltfrieden zu erhalten und alle ihm gefährlichen Tendenzen mit eherner Energie zu bekämpfen.

Die ersten Reichstagswahlen nach dem Kriege werden eine Entscheidung bringen, die nicht viel weniger wichtig ist als die des Weltkrieges selbst. Es wird ein Kampf um das neue Deutschland sein, ein Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es wird dann wirklich um die politische Macht, um das grundsätzliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gekämpft werden. Um sich dabei durchzusetzen, braucht die Sozialdemokratie die äußerste Zusammenfassung aller Kräfte in festgeschlossener Einigkeit!

Ein Reichstagsabgeordneter gefallen.

Der Reichstagsabgeordnete von Meding (Welfe) hat auf dem Schlachtfelde den Tod gefunden. Meding, der im 49. Lebensjahre steht, vertrat den 15. hannoverschen Wahlkreis Helsen-Büchow, der 1912 von der deutsch-hannoverschen Partei der Reichspartei in Stichwahl mit den Nationalliberalen abgenommen wurde. Aus seinem Leben vermerkt Meding im Reichstagshandbuch, daß er nach seiner Dienstzeit als Einjährigfreiwilliger Bizefeldwebel und Offiziersaspirant geworden, nicht zur Offizierswahl zugelassen wurde. Er fiel jetzt als Leutnant der Reserve. — Als erster Reichstagsabgeordneter fiel unser Genosse Frank; Meding ist der zweite.

Zur Vorgeschichte des Friedensangebots.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Zur Vorgeschichte des Friedensangebots der Mittelmächte, das die Feinde als unaufrichtiges Kriegsmanöver hingestellt haben, ist das nachstehende kaiserliche Handschreiben an den Reichszangler als Beitrag von besonderer Bedeutung:

Neues Palais, 31. Oktober 1916.

Mein lieber Bethmann!

Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in der Kriegssphäre befangenen, von Ego und Trug, im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die imstande wären und die den moralischen Mut befänden, das befreiende Wort auszusprechen und den Vorschlag zum Frieden zu machen. Es ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutrals — von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat, und sich vor Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbesümmert um die event. abhälligen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will auf Gott wagen. Legen Sie mir bald die Noten vor, machen Sie alles bereit.

gez. Wilhelm I. R.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am 16. Januar seine Sitzungen wieder aufgenommen. Bei Beginn der Sitzung sprach der Präsident Graf Schwerin-Löbich einige einleitende Worte, in welchen er die Ablehnung des deutschen Friedensangebots und die Antwort der Entente scharf getadelte, und der Erwartung Ausdruck verlieh, daß unse-

ren Feinden nicht zuletzt von unsern braven U-Booten die geübteste Antwort erteilt werden soll. Finanzminister Tönges brachte den Etat und den Gesetzentwurf über die Bewilligung weiterer Staatsmittel für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege ein. Bemerkenswert sind die Ausführungen des Ministers über den Abschluß des Staatsjahres 1915. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 106 Millionen, wovon allerdings 100 Millionen durch erhöhte Steuerzuschläge gedeckt werden. Hierzu kommt ein Minderertrag bei den Eisenbahnen von 96 Millionen Mark, der, da der Ausgabefonds nur 6,2 Millionen Mark aufweist, in Höhe von 89,8 Millionen Mark auf Defizitanteile übertragen werden muß. Das bedeutet eine dauernde Belastung des Etats. Immerhin ist der Minister in Anbetracht aller Verhältnisse mit dem Abschluß für 1915 zufrieden. Das Jahr 1916 verpflichtet in vieler Hinsicht die gleiche Entwicklung. Das Steuerloos hat sich gegen 1915 sogar erheblich gebessert. Voraussichtlich werden außer den 100 Millionen, die die erhöhten Steuerzuschläge bringen, noch weitere 90 Millionen Mark mehr eingeht, als veranschlagt worden sind. Die übrigen Einnahmequellen lassen allerdings derartige angenehme Ueberraschungen nicht erwarten.

— Staatsbeitrag für den Arbeiter-Turnerbund. Auf eine Eingabe des württembergischen Kreisvertreters des Arbeiter-Turnerbundes wurde dem Turnverein ein Staatsbeitrag von 500 Mk. bewilligt.

— Eine einmalige Teuerungserleichterung soll, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, auch den pensionierten Reichsbeamten und ihren Hinterbliebenen zur Verfügung kommen.

— Teuerungszulagen für Staatsarbeiter. Im Anschluß an die Anweisungen über die einmaligen Kriegsteuerungszulagen für die Beamten ist angeordnet worden, daß solche Zulagen auch den in den preussischen Staatsverwaltungen beschäftigten Arbeitern, deren Lohnzüge während des Krieges nicht wesentlich erhöht sind, zu zahlen sind. Nach den darüber ergangenen Verfügungen betragen die im Dezember 1916 und Januar 1917 zahlbaren Zulagen insgesamt für ledige Arbeiter 40 Mk., für verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 14 Jahren 100 Mk., für verheiratete Arbeiter mit einem Kinde unter 14 Jahren 120 Mk., für jedes weitere Kind unter 14 Jahren 10 Mk. mehr. Weibliche Arbeitskräfte werden ebenfalls berücksichtigt, und zwar so, daß Frauen im allgemeinen die gleiche Zulage erhalten wie die ledigen Arbeiter, daß aber die verwitweten, geschiedenen und ehewerksamen Frauen, die Kinder unter 14 Jahren zu unterhalten haben, den verheirateten Arbeitern mit der entsprechenden Kinderzahl gleichgestellt werden.

Internationaler Sozialistenkongress

Das Sekretariat des internationalen sozialistischen Bureaus erhielt von der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten ein Telegramm aus Chicago, in dem vorgeschlagen wird, für den 3. Juni 1917 im Haag einen internationalen Kongress einzuberufen. Wenn das Bureau bis zum 1. März keine Schritte getan haben sollte, den Kongress einzuberufen, würde die amerikanische Sozialistische Partei sich für berechtigt halten, selbst die Initiative zu ergreifen.

Das imperialistische Welt herrschaftsprogramm.

„Het Volk“ in Amsterdam nennt die Note der Entente ein imperialistisches Welt herrschaftsprogramm, an dessen völlige Ausführbarkeit die Autoren selbst schwerlich glauben. Für die Arbeiterparteien in den Ententeländern bleibt die Aufgabe, den Regierungen klarzumachen, daß ihre eigenen Kriegsziele mit der Landesverteidigung erschöpft sind.

In „Sozialdemokraten“ schreibt der schwedische Genosse Branting, er müsse zugeben, daß die Forderungen der Entente die des vollständigen Siegers seien. Die Sache der Freiheit und Demokratie aber könne nicht dadurch triumphieren, daß eine Machtgruppe den Fuß auf den Nacken der anderen setze. Außerdem lasse der bisherige Verlauf der Ereignisse es als wenig glaubhaft erscheinen, daß eine Partei einen solchen vollständigen Sieg erzwingen werde. Zuletzt sucht auch er seine Enttäuschung hinter der Forderung zu verbergen, daß jetzt die Mittelmächte gleichfalls ihre Bedingungen angeben müßten.

Französische Zeitungen zur Antwort der Entente.

Der „Figaro“ schreibt: Unsere Feinde kennen jetzt unsere wahren Kriegsziele. Ihnen ihre damit vergleichbar und die Kraft unseres Widerstandes wie unseren unerschütterlichen Entschluß sie zu besiegen, danach bewerten.

„Gaulois“ bemerkt: Das Wort hat Deutschland. Es hängt einzig von unseren Gegnern ab, ob man sich im 17. in sechs Monaten oder in einem Jahre um den grünen Tisch versammelt. Die Antwort der Entente schließt keine Tür. Sie bringt Wilson's genaue Feststellung unserer Kriegsziele. Angesichts der Hinterhältigkeit unserer Feinde können wir es fassen und Klarheit beweisen. Wir erklären, warum wir uns so verhalten und was wir wollen.

In der „Humanité“ schreibt Renaudel: Die Entente hätte präzisieren sollen, was sie unter „territorialen Konventionen und Rückgabe der früher den Alliierten entzogenen Provinzen oder Gebiete“ verstehe. Man hätte Elsaß-Lothringen nennen und sagen sollen, daß man keine Eroberungen oder Annexionsabsichten unter präzisieren überlassen verberge. Man hätte dann vermeiden, daß von einer Rückkehr Frankreichs ans linke Rheinufer gesprochen würde, wie dies jetzt wieder der Fall sei. Es sei erklärlich, daß die Mittelmächte die Bedingungen der Alliierten übertrieben finden würden.

„Echo de Paris“ greift den Artikel Renaudels auf und erklärt, die Geschichte Frankreichs beweise, daß die Rheingrenze für Frankreich ständig und sein Recht sei.

— Der Pariser Munitionsarbeiterstreik. „Bonnet Rouge“ meldet, ein Kriegsrat für die Landesverteidigung werde alsbald die Beilegung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern übernehmen. Munitionsminister Lomax erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“, wo sich Widerstand von Arbeitgebern oder Arbeitern gegen die Festsetzung von Herstellungspreisen für Kriegsmaterial oder Lohnstarife zeige, werde die Regierung die Fabriken und Werksstätten beschlagnahmen und die Arbeiter in Staatsdienst nehmen.

— Die Kohlennot in Frankreich nimmt immer größeren Umfang an. Auf „Berliner Tageblatt“ mußte in Paris eine der bedeutendsten Motorfabrikzentralen, die unter ihren Abonnenten die bedeutendsten Wäschereien der Umgebung von Paris zählt, den Betrieb einstellen. Infolge dessen sind 200 Wäschereien, die 3000 Arbeiterinnen beschäftigen, zur Schließung genötigt worden. Der Kohlentransport auf der Seine wurde wegen Ueberschwemmung eingestellt.

Türkei

— Neue Verträge mit Deutschland. Amtlich wird gemeldet: Unter dem 11. Januar im Auswärtigen Amte von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und des Osmanischen Reiches eine Reihe von Verträgen unterzeichnet worden, die bestimmt sind, die Rechtsbeziehungen zwischen beiden Reichen in erschöpfender Weise zu regeln. Es sind dies ein Konsularvertrag, ein Vertrag über Rechtsschutz und gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, ein Auslieferungungsvertrag, ein Niederlassungsvertrag sowie ein Vertrag über gegenseitige Zuführung von Wehrpflichtigen und Fahnenflüchtigen der Land- und Seestreitkräfte. Dazu kommen fünf weitere Verträge, wonach die Bestimmungen der bezeichneten Rechtsverträge auf die deutschen Schutzgebiete, den besonderen Verhältnissen dieser Gebiete entsprechend, ausgedehnt werden. Die Verträge sollen das in der Türkei bisher in Geltung gewesene System der sogenannten Kapitulationen durch neue, dem modernen europäischen Völkerverrecht entsprechende Bestimmungen ersetzen.

Unter Kapitulationen versteht man in diesem Falle die den christlichen Nationen von der Türkei eingeräumten Vorrechte der Ausübung von Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen durch eigene Konsuln.

Volksernährung

Ermäßigung der Getreidepreise.

Amtlich wird gemeldet: Die Reichsgetreidestelle teilt mit: Die Höchstpreise für Roggen und Weizen ermäßigen sich nach dem 31. März 1917 um 15 Mk. für die Tonne. Maßgebend für die Berechnung des Höchstpreises ist der Tag der Ablieferung des Getreides. Nach dem 31. März darf auch in solchen Fällen der bisherige Höchstpreis nicht mehr bezahlt werden, in denen die frühere Ablieferung infolge von Umständen unmöglich war, die der Getreidebesitzer nicht vermeiden und nicht voraussehen konnte. Die zurzeit schon bestehenden großen Schwierigkeiten der Eisenbahnwagenstellung, durch die an manchen Stellen auch Kohlenmangel hervorgerufen wird, dürften voraussichtlich in den nächsten Monaten bestehen bleiben. Sie werden sich naturgemäß noch verschärfen, wenn in den letzten Wochen vor dem 31. März von allen Seiten Eisenbahnwagen für Getreideverladungen angefordert werden. Deshalb wird den Getreideverladungen dringend empfohlen, so schnell als möglich ihr Getreide auszuliefern und zur Ablieferung zu bringen. Es muß davor gewarnt werden, bis in die letzten Wochen des März mit den Getreidelieferungen zu warten.

— Kriegswirtschaftsämter. In Preußen soll die Volksernährung durch Kriegswirtschaftsämter geordnet werden. Das preussische Staatsministerium hat jetzt entsprechende Beschlüsse gefaßt und die Grundzüge für die Errichtung solcher Ämter festgelegt. Für jede Provinz wird ein Kriegswirtschaftsamt gebildet. Das Kriegswirtschaftsamt hat die Aufgabe, innerhalb der Provinz die landwirtschaftliche Produktion, soweit diese zum Geschäftsbereich des Kriegsamtes gehört, zu unterstützen und zu fördern durch Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurückstellung von Betriebsleitern und Arbeitern, Beschaffung von Arbeitsgeräten, Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Benzol usw.), Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder, für die Einbringung der Ernte. Für jeden Kreis wird ein Kriegswirtschaftsstelle gebildet. Vorsitzender ist der Landrat; sein Stellvertreter (praktischer Landwirt) und vier bis acht Mitglieder werden auf Vorschlag des Kriegsausschusses nach Anhörung der Landwirtschaftskammer durch den Oberpräsidenten ernannt. Die Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle ist für den Bezirk des Kreises die gleiche, die dem Kriegswirtschaftsamt für den Bezirk der Provinz zugewiesen ist. Auch der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle kann einzelne ihrer Mitglieder mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauen. Die Schaffung der Kriegswirtschaftsämter liegt in der Hand der Oberpräsidenten im Einvernehmen mit den stellvertretenden Generalkommandos, die in Frage kommenden Mitglieder ernennen. Für die landwirtschaftlichen Personen werden die Landwirtschaftskammern herangezogen. Da die neuen Ämter bereits auf die Frühjahrsbestellung Einfluß ausüben müssen, soll ihre Errichtung sofort erfolgen.

— Zu den Malzschiebungen in Bayern erklärt das stellvertretende Generalkommando in München: „Es ist richtig, daß während des vergangenen Braujahres aus nordbayrischen Betrieben Malz unbefugt nach Norddeutschland ausgeführt worden ist. Auf Verstellung des stellvertretenden Generalkommandos haben die Beteiligten die unrechtmäßigen Gewinne gemeinnützigen Einrichtungen, welche die Ausgestaltung der Waffenspeicherung und die Versorgung der Schwerarbeiter bewerkeln, zugeführt. In die Zuständigkeit der Gerichte konnte und sollte damit nicht eingegriffen werden.“ — Die „Münchener Post“ ist in der Lage, mitzuteilen, daß annähernd 800 000 Zentner solcherart nach Norddeutschland gegangen sind. Die auf mehr als eine halbe Million angelegene Abfindungssumme sei zwar wesentlich überschritten, dürfte aber trotzdem in keinem Verhältnis zu den von den Schiebern erzielten Gewinnen stehen. Ein Waggon Malz wurde in Bayern mit 8000 Mark bewertet und in Norddeutschland wurde er mit 24 000 Mark bewertet. Es handelt sich also bei den geschmuggelten vier tausend Waggon um eine Preispannung von 64 Millionen Mark.

— Zur Warenbetrugsaffäre in Neufölln. In Singen (Baden) gelang es, den flüchtigen Kaufmann Roesener zu verhaften, der an dem Warenbetrug gegen die Stadt Neufölln beteiligt war. Er hatte noch eine erhebliche Summe Geldes bei sich, die für die betrogene Stadtgemeinde Neufölln sicher gestellt wurde.

Danziger Nachrichten

Arbeitsnachweis für Kriegsinvalide.

Der Versorgungsausschuß für Kriegsinvalide in der Provinz Westpreußen hat seit dem 1. Januar im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Westpreußen, Karrenwall 2, einen kostenlosen Arbeitsnachweis für Kriegsinvalide Unteroffiziere und Mannschaften eingerichtet. Das Nähere besagt die heutige Anzeige.

Entbindungskosten bei Wöchnerinnen.

Während des Krieges ist für die Angehörigen unserer Krieger durch Bundesratsverordnung eine verbesserte Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen eingeführt worden. Außer anderen Leistungen haben die Krankenkassen den Kriegsfrauen auch 25 Mark Entbindungskosten zu zahlen. Das Reichsversicherungsamt hat in wiederholten Entscheidungen gefordert, daß die Krankenkassen die Vorschriften der Verordnung nicht engherzig auslegen, sondern sie in sachlicher Würdigung ihres Zweckes erfüllen sollen. In diesem Sinne haben wir gegen eine Auffassung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig Widerspruch erheben müssen. Sie lehnt die Zahlung der Entschädigung für die Entbindungskosten für die Wöchnerinnen ab, die im hiesigen Provinzialheilmannschaftsamt entbunden worden sind, weil dort die Entbindung unentgeltlich ausgeführt wird. Wir haben das Recht zur Ablehnung trotzdem bestritten. Die Verordnung des Bundesrats macht die Zahlung der 25 Mark keineswegs davon abhängig, daß für die Entbindung etwas zu zahlen ist. Dieser Betrag soll vielmehr für alle Aufwendungen entschädigen, die mit der Entbindung im Zusammenhange stehen. Er gilt auch für die Nebenkosten der Entbindung, für die Beschaffung von Kleidern für den Säugling u. d. und ist stets in voller Höhe zu zahlen.

Dieser Auffassung hat sich neuerdings das Versicherungsamt des Kreises Danziger Niederung angeschlossen. Die Ortskrankenkasse für den Kreis Danziger Niederung verweigerte der Kriegsfrau W. aus Groß-Künder ebenfalls die Zahlung des Entbindungsbeitrages, weil die Entbindung kostenfrei im Heilmannschaftsamt ausgeführt war. Frau machte geltend, daß sie außer andern Unkosten die Kosten zum Institut bezahlte und Kinderwäsche beschaffen mußte. In voller Uebereinstimmung mit Sinn und Geist der Bundesratsverordnung hat das Versicherungsamt der Beschwerde der Kriegsfrau entsprochen und die Kasse zur Zahlung in voller Höhe der 25 Mark verurteilt. Hoffentlich wird diese hochherzige Entscheidung nun auch von der Danziger Ortskrankenkasse beachtet und befolgt. Es ist doch unmöglich, daß eine großstädtische Kasse ihre Aufgaben gerade auf diesem Gebiet rüchständiger erfüllt, als die kleine Kasse eines Landkreises. Hinzu kommt, daß die Kassen Aufwendungen dieser Art vom Reiche ersetzt erhalten. Wir wiederholen auf Grund der mitgeteilten Entscheidung den Rat, daß die bisher in Danzig abgewiesenen Wöchnerinnen gegen die Nichtzahlung der 25 Mark Beschwerde führen. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch sie mindestens die Ausgaben machen müssen, die der Frau W. zu ihrem Recht verhelfen haben.

Weibliche Schuhmacher.

Die teuren Lederpreise haben schon viele Familien dazu gezwungen, Schuhreparaturen selber anzufertigen. Die Notwendigkeit zwang zum Bechten der Schuhe wie auch zur Vor-

nahme anderer Ausbesserungen. Auch Frauen haben diese Arbeiten für den eigenen Bedarf und den der Kinder verrichtet. Die Militärbehörde beschließt nun, Kriegerfrauen, Kriegswitwen und ihren Angehörigen, aber auch sonst bedürftigen Witwen und Frauen, die Möglichkeit zur Ausbildung in der Schuhmacherei zu schaffen. Die Militärverwaltung u. d. eine Werkstatt einrichten, in welcher die Frauen Militärkleid ausbessern sollen. Die Entlohnung erfolgt in ähnlicher Weise wie in den bereits bestehenden Ausbesserungswerkstätten für Militärkleid Weibungen für die neue Beschäftigung werden von Frau Becker, Langfuhr, Hennesdorferweg 6, und vom Nationalen Frauendienst, Jopengasse 23, entgegengenommen.

Die Nahrungskarten

sollen binnen kurzem in anderer Art ausgegeben werden. Bisher wurde der Umtausch durch die Geschäftsinhaber besorgt. Man ist aber auf dem städtischen Kriegsernährungsamt der Meinung, daß eine schärfere Kontrolle notwendig sei, weil mehr Karten umlaufen sollen, als berechtigt ist. Deshalb ist in Aussicht genommen, die Ausgabe den Hausbesitzern zu übertragen. Man ist sich jedoch noch nicht schlüssig, ob alle Karten in dieser Weise gewechselt werden sollen und von welchem Zeitpunkt die Aenderung erfolgen soll. Da aber die Preisprüfungsstelle bereits zugestimmt hat, wird es nicht lange dauern, bis die geplante Aenderung praktisch durchgeführt wird.

17 Bestrafungen wegen Preisüberschreitungen

sind neuerdings öffentlich bekanntgemacht worden. Die Strafen schwanken zwischen 5 Mark oder einem Tag Gefängnis und 150 Mark oder 30 Tage Gefängnis. Diese Höchststrafe wurde über den Kaufmann Heinrich Wittling, Langfuhr, Eichenweg 3, deshalb verhängt, weil er ohne Erlaubnis mit Käse gehandelt und den Höchstpreis für dieses Nahrungsmittel überschritten hat. Zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis wurde die Händlerin Ad a m s t i geb. Weiß, Büttelgasse 9, wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Pfundern verurteilt. Wegen der gleichen Verletzung der Pfundern erhielt die Höferin T r e n d e l aus Neufahrwasser 60 Mark Geldstrafe oder 12 Tage Gefängnis. Die gleiche Strafe erhielt wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Käse die Händlerin B r a n d t, Drebergasse 2. Die Eigentümerin Rosalie S e l o n k e aus Gr.-Dommatz, Kreis Buzig, erhielt wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Preiselbeeren 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Ein besonderes Vergehen ist die Ursache der gegen die Verkäuferin Johanne Müller, Altstädtischer Graben Nr. 29/30, ausgesprochenen Bestrafung zu 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Ihr wurde zum Vorwurf gemacht, den Höchstpreis für Magerkäse überschritten zu haben. Ferner sollte sie aus Fahrlässigkeit veräusserte Nahrungs- und Genussmittel, nämlich Käse mit einem Fettgehalt von 13,5 Prozent der Trockenmasse, unter der zur Täuschung geeigneten Bezeichnung Fettkäse feilgehalten haben. Die angeklagte und verurteilte Verkäuferin ist in der Meierei von Friedrich D o h m, vielleicht des größten Betriebs in Danzig, beschäftigt. Die Verurteilung spricht dafür, daß die Verurteilte aus eigenem Antriebe gehandelt hat. Die Gefahren der Kriegsverletzung sind demnach auch für die Angestellten bedenklicher Art.

Erhöhung des Milchpreises.

Seit 15. Januar ab hat der Magistrat den Höchstpreis für 1 Liter Vollmilch im Kleinhandel von 28 auf 30 Pfennig heraufgesetzt. Diese Erhöhung wäre schon zu bedauern, weil es sich um dieses an sich so wertvolle Nahrungsmittel handelt. Hinzu kommt, daß Milch besonders für Danzig eine Ausnahme ware ist. Die Vollmilch kann bekanntlich nur an Kinder unter 6 Jahren, Kranke auf ärztliche Verordnung und ebenso an ganz alte Leute abgegeben werden. Auch diesen kann aber die notwendige Menge bei weitem nicht gegeben werden, weil die Milchlieferung in großem Umfange zurückgegangen ist. Die Preisenerhöhung trifft also nur ganz bestimmte und zu berücksichtigende Kreise. Auch der Magistrat scheint empfinden zu haben, daß diese Erhöhung einer besonderen Begründung bedarf. Er beruft sich dafür auf den Umstand, daß die Stadt Zoppot bereits den Höchstpreis von 30 Pfennig festgesetzt hat. Ferner macht er geltend, daß der Kreis Danzig-Höhe, der in der Hauptsache die Milch nach Danzig liefert, neuerdings den Erzeugerhöchstpreis von 26 Pfennig festgesetzt habe. Es habe daher bei der geringen Spannung von 26 bis 28 Pfennig, also von nur 2 Pfennig pro Liter, die Gefahr bestanden, daß die Zufuhr von Vollmilch nach der Stadt noch weiter zurückgehen werde. Die Erhöhung des Verkaufspreises ist hiernach also lediglich als „Anreiz“ für Erzeuger und Händler durchgeführt worden.

Der Verkauf von Breitlingen

führt auf dem Fischmarkt, wo er in der Hauptsache erfolgt, immer noch zu höchst unerfreulichen Szenen. Das Bedürfnis nach den kleinen Fischen ist eben stark und dabei müssen sehr viele Kaufstücker mit leeren Händen fortgehen. Stunden sind häufig vergeblich geopfert und die notwendige Nahrung fehlt trotzdem. Nachdem die Mischstände auch in der Preisprüfungsstelle wiederholt besprochen worden sind, sollen einige weitere Verkaufsstellen eingerichtet werden. Dann soll aber durch die Einführung der Fischkarte Abhilfe geschaffen werden. Während bisher 3 Pfund an jeden Käufer abgegeben wurden, soll später nur 1 Pfund an den Einzelnen verkauft werden.

Uns scheint diese Regelung nicht praktisch zu sein. Wenigstens nicht dann, wenn die Fischkarte allgemein ausgegeben werden soll. Für diesen Fall genügen eben die vorhandenen Fischpörräcke bei der großen Zahl der Karten nicht. In der Hauptsache müßte eine vermehrte Zuführung von Breitlingen möglich gemacht werden. Dies könnte in gewissem Umfange dadurch erreicht werden, daß den Räucherereien, die jetzt die geräucherierten Fische unbeschränkt nach auswärts verkaufen können, erheblich geringere Mengen erhalten. Dann würde es in diesem Ausnahmefall gerechtfertigt sein, wenn die Fischarten nur an die Minderbemittelten abgegeben werden würden. Diese Maßnahmen machen sich schon deshalb notwendig, weil der Ertrag der Fänge naturgemäß sehr verschieden ausfällt und dafür gesorgt werden muß, daß der vorhandene Vorrat möglichst vielen zu gute kommt. Der Ermäßigung des Preises auf den vorjährigen Stand sollte außerdem ernstlich näher getreten werden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

APOLLO-THEATER

III. Stamm 2

Spielplan vom 20. bis 23. Januar 1917

Die drei Schatten

Kriminalroman in 3 Akten

Maria Lorella, das Findelkind

Sittendrama in 3 Akten

Augustin, der Käthe von Juan

Humoristisch

Herr Meier lässt sich rasieren

Toller Humor

Eiko-Woche

Kriegsausgabe

Aktueller Kriegsbericht

Griechenland und Sonnenschein

Lustspiel

Ab 24. bis 26. Januar 1917

Der Spuk im Hause des Professors

Ein Abenteuer des Detektivs Stuart Webb in 3 Akten

Das Recht auf Glück

Sittendrama in 3 Akten

Lissi Nebuschke in der Hauptrolle. 14

Botenplan des Danziger Stadttheaters.

Montag, den 19. Januar, 7 Uhr: „Der Eigenerbar“, von Strauß.
Dienstag, den 20. Januar, 7 Uhr: „Der Schwund der Wabana“, von Wolf-Ferrari.
Mittwoch, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr: „Die Kleie-Eise das Christkind lachet ging“, Weihnachtsmärchen. — Abends 7 Uhr: „Könige“, Schauspiel von Hans Müller.
Donnerstag, den 22. Januar, 7 Uhr: „Der selbige Balbrin“, von E. Schickel.
Freitag, den 23. Januar, 7 Uhr: „Rehegrün“, von Richard Wagner.
Sonnabend, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr: Kinderdarstellung. — Abends 7 Uhr: „Könige“, Weihnachtsmärchen. — Abends 9 Uhr: „Die Gnarbäcklerin“, Lore von Emmetich Reimann.

Kaffeehaus Bürgergarten, Kathäuserstrasse.
Sonntag den 21. Januar
Musikal. Familien-Unterhaltung
Anfang 4 Uhr.
Zu regem Besuch ladet ein M. Steppuhn.

Bekanntmachung.

Am 1. Januar 1917 haben wir in der Landesversicherungsanstalt, Danzig, Karrenwall 2, Fernsprecher Nr. 620 und 721, einen Arbeitsnachweis für Kriegsinvalide Unteroffiziere und Mannschaften im Bereiche der Provinz Westpreußen eingerichtet.

In alle Staats- und Kommunalbehörden, ebenso an alle privaten Betriebe, die geeignete Stellen für Kriegsinvalide Unteroffiziere und Mannschaften zu besetzen haben, richten wir hiermit das Ersuchen, solche Stellen unter Angabe der Arbeitsbedingungen (Lohn, Unterkunft, Fahrpreiserstattung ufm.) fortlaufend dem Arbeitsnachweis für Kriegsinvalide mitzuteilen und von der etwaigen Belegung der freien Stellen dem Arbeitsnachweis unverzüglich Mitteilung zu machen.

Kriegsinvalide Unteroffiziere und Mannschaften, welche Arbeit suchen, können sich beim Arbeitsnachweis während der Dienststunden von 9-1 und 4-6 Uhr melden. Militärpapiere sind mitzubringen. Die Vermittlung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer kostenlos. Danzig, den 8. Januar 1917.

Der Versorgungsausschuß für Kriegsinvaliden in der Provinz Westpreußen.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Wekerruhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 11

Echt gefälschten garankrein. **Schnupftabak** riecht
Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2, Prießergasse 5, Fernspr. 2428

Der **Neue-Welt-Kalender für 1917**
ist für 50 Pf. (nach auswärts 10 Pf. Porto) zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Blusen Handgefertigt zu billigsten Preisen.
Julius Goldstein
Lawendalgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Zwei Städte

Roman von **Charles Dickens**
zwei Bände von je 192 Seiten in einem Band gebunden
nur 1 Mark.
Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 20 Pfennig Porto.
Zu beziehen durch
unsere Expedition und Kolporteure

Habe über 100 sehr spannende
10-Pf.-Bücher
ipottbillig zum Verkauf
Leo Slowik,
Gutisch b. Schwabitzel,
Kreis Marienwerder.
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Gemeinschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polsterfall.
Man verlange Prospekt von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Frons Schmidt, Rathenbuben 51

Moderne illustrierte Zeitschriften:
Der wahre Jakob 10 Pfennige
Jugend 40 Pfennige
Simplex 30 Pfennige
Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.